

25-218A-1

ZEUGENSCHRIFTTUM

Name: Carlowitz, Adolf v. Dr. ORR	ZS Nr. 218	Bd I	Vermerk: Vertraulich
katalogisiert Seite: 1 - 16		Vertraulich	
Sachkatalog: Verbände II - 3 Wehrm. III - Wehrm. u. Politik Weimarer Rep. III - Innenpolitik RReg. II - 17a " - 18 " - 19 Preußen I	Personen: Alvensleben, Werner. v. Blomberg, Werner. v. GFM I Bracht, Werner. MinDir. Carlowitz, Adolf. v. Dr. MinDirig. Groener, Wilhelm. RMin. Hindenburg, Paul. v. RPräs. I Hitler, Adolf. I Papen, Franz. v. RKzl. I " " " II - Brüning Planck, Erwin. StSchr. i. RKzl. Brüning, Heinrich. Dr. RKzl. Popitz, Johannes. Prof. Dr. RMin. Schleicher, Kurt. v. Gen.		
katalogisiert Seite: 17 - 19		Vertraulich	
Sachkatalog: SA III - Verbote Weimarer Rep. III - Innenpol. " - Länderkonf.	Personen: Carlowitz, Adolf v. Dr. MinDirig. Groener, Wilhelm. RMin. Schleicher, Kurt. v. Gen.		
katalogisiert Seite:		Personen:	
Sachkatalog:			
katalogisiert Seite:		Personen:	
Sachkatalog:			

Abschrift

Dr. H.v.z. Mühlen
Berlin-Halensee
Kurfürstendamm 145

Zusammenfassung der Besprechung

mit Dr. Adolf v. Carlowitz

Berlin, den 2. Juni 1948.

Nach Carlowitz lautet die entscheidende Frage „an die konservativen Kreise nicht „Wann habt ihr Euch Hitler angeschlossen?“, sondern „Wann habt ihr den deutschnationalen Kurs Hugenburgs mitgemacht?“, denn mit der Wahl Hugenburgs zum Vorsitzenden der DNVP fiel für das konservative Lager die politische Entscheidung und mit dem Exodus Westarp-Treviranus-Lejeune-Jung.

Popitz und Planck standen eindeutig und klar, Hammerstein aber schon auf der Grenze, wenn er auch in Biertischmanier viel schimpfte. Hammerstein ist auf seinem Posten als Chef der Heeresleitung auf ausdrückliches Bitten Schleichers geblieben. Sein späterer Rücktritt hätte aber zu einer Demonstration werden müssen, wenn sein Bleiben irgend einen Sinn gehabt hätte, er verschwand aber still in der Versenkung und hat dadurch seinem Bleiben jeden Sinn genommen, hat wohl die ihm von Schleicher zugedachte Aufgabe nicht ganz erkannt.

Popitz ist wohl aus den gleichen Motiven geblieben am 30.1.33, die Schlecht zum Eintritt in das Kabinett Hitler veranlasst haben, den gleichen Motiven, die Schwerin-Krosigk, der auch keineswegs ein Anhänger der NSDAP war, zum Bleiben veranlassten. Dieses Motiv lautete: „Sie brauchen uns ja!“ Da auch Neurath, Gurtner, Elz-Bübenach und Gereke blieben, sind mit Schleicher nur ausgeschieden Bracht, Warmbold, Gayl und der Ernährungsminister ~~Max~~ Braun, während Syrup nur das Ministeramt abgab und auf seinem Posten als Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung zurückkehrte. Beim Kabinettswechsel Papen-Schleicher war zunächst nur der Kanzlerposten neu besetzt worden, während die Minister blieben.

Schleicher war als Nachfolger von Groener vom Amtschef im RWM zum Reichswehrminister aufgerückt.

Popitz hat sich nach Ansicht von Carlowitz schon damals ein völlig klares Bild über die Nationalsozialisten gemacht, deren Art und Weise ihm gar nicht liegen konnte. Er hat sich, ebenso wie die anderen im Kabinett verbliebenen Minister, eingebildet, dass er in der Lage sein würde, einen Einfluss auf die Entwicklung auszuüben. Alle diesen Männer haben verkannt, dass sie vom 1. Tage an bei den politischen Entscheidungen nichts mehr zu sagen hatten.

Papen ist eine Erfindung Schleichers. Schleicher selbst hat das als den größten Fehler seines Lebens bezeichnet. Nachdem Papen Kanzler geworden war, konzipierte er der NSDAP die Reichstagswahl im Juli 1932, die dieser einen gewaltigen Erfolg brachte und sie zur stärksten Partei machte. Er war überzeugt, dass er nach dieser Konzession die Unterstützung der NSDAP im Reichstag und dadurch eine tragfähige Mehrheit erhalten würde. Hitler dachte aber nicht daran, sodass das Kabinett Papen ohne parlamentarische Hilfe letztlich allein gestützt auf die unparteiliche Reichswehr, mit Hilfe des Art. 48 weiterregieren musste. In dieser Situation hat Schleicher im August 1932 Hindenburg zugeredet, den Führer

der stärksten Partei, nämlich Hitler, nach parlamentarischer Regel mit der Regierungsbildung zu betrauen. Schleicher hat das Ansteigen der radikalen Welle schon lange vorausgesehen. Die Aufstellung Hindenburgs als Kandidat für die zweite Reichspräsidentenwahl war unumgänglich, weil die Welle inzwischen soweit angestiegen war, dass er allein als Kandidat gegen Hitler eine Chance hatte. Hindenburg selbst hatte sich nach Ablauf der Amtszeit zurückziehen wollen. Grund für die erneute Aufstellung war, dass keine Partei, auch die SPD, einen zugkräftigen Kandidaten gegen Hitler stellen konnte. So einigten sich die Parteien, einschliesslich der SPD, auf den kaiserl. Feldmarschall. Die SPD hätte das sicher nicht getan, wenn sie auch nur den geringsten Zweifel in die Verfassungstreue Hindenburgs hätte setzen müssen, denn der alte Herr war subjektiv und objektiv absolut verfassungstreu, war sich seines Eides bewusst und alles andere nur kein Revolutionär. Der zweite Grund der zur Aufstellung Hindenburgs führte, war das Fehlen eines Ersatzmannes. Auch von Hindenburg selbst ist General Groener als solcher in Aussicht genommen worden. Groener besass einen guten Kontakt zur Linken und hatte sich im Laufe der Jahre auch in den nationalen Kreisen herausgeputzt. Er war eine jüngere und vor allem politischere Persönlichkeit als der alte Feldmarschall. Hindenburg und Schleicher hätten Groener als Ersatzmann gern gesehen, denn dadurch wäre die Kontinuität in der Reichswehr gewahrt worden. Die Kandidatur scheiterte aber an einer Kleinigkeit, der zweiten Ehe Groeners, der die höchst achtbare Directrice eines grossen Hotels in Bad Schandau geheiratet hatte. Dieser "gesellschaftliche Fehltritt" machte Groeners Kandidatur in den nationalen Kreisen weiterhin unmöglich. Praktisch wäre aber eine Kandidatur Groener aber nach Carlowitz auch kaum in Frage gekommen, weil er gegen Hitler doch nicht durchgezogen hätte. Es blieb also nur der alte Hindenburg übrig, der sich dann auch zur Verfügung stellte.

Wie kam es zum Vorschlag Schleichers im August 1932, Hitler mit der Regierungsbildung zu betrauen. Die Reichswehr war zum Gehorsam gegenüber dem Staatsoberhaupt, also zu Hindenburg, der ihr zudem noch der Marschall des ersten Weltkrieges war und zur Treue gegenüber dem geleisteten Verfassungseid erzogen. Sie stand ausserhalb der politischen Linien, doch bedeutete die bewusst unpolitische Haltung nicht, dass sie von den politischen Strömungen im Volk ferngehalten oder abgeschlossen werden konnte. Die Radikalisierung des allgemeinen Denkens musste sich, ganz abgesehen von den natl. Propagandaversuchen, auch auf die Reichswehr auswirken. Konnte die Reichswehr nun noch gegen die NSDAP eingesetzt werden, die verfassungsmässig völlig legal den Anspruch als grösste Partei auf die Regierungsbildung erheben konnte und erhob? Jeder Einsatz der Reichswehr gegen die Verfassung NSDAP bedeutet, in dieser Situation 1932 hätte einen glatten Verstoss gegen die Verfassung bedeutet, wäre ein verfassungswidriger Staatsstreich gewesen. Das, was Schleicher brauchte, war eine eindeutige verfassungswidrige Handlung Hitlers, der sich damals streng legal verhielt. Schleicher war zynisch genug, um sich ein neues "Bürgerbräununternehmen" zu wünschen, eine klare Schwenkung in die Illegalität, um eine Handhabe zu erhalten. Dann wäre der Einsatz der absolut verfassungstreuen Reichswehr gegen Hitler und seine Partei auf Befehl des Hüters der Verfassung, Hindenburg, ohne weiteres möglich gewesen und Schleicher war gewillt, in diesem Falle rücksichtslos vorzugehen. Aber Hitler tat ihm diesen Gefallen nicht, hat wohl die Falle geahnt und war gerissen genug, sie zu vermeiden.

So kam Schleicher auf den Gedanken, Hindenburg zu veranlassen, Hitler verfassungsmässig mit der Regierungsbildung zu betrauen.

25-2181-4

Hitler sollte gemäss der Stärke der NSDAP auch die wichtigsten Ministerien beanspruchen dürfen und nach den Regeln der Verfassung regieren. Der Reichspräsident aber und die Reichswehr als das unpolitische Machtorgan des Staates sollten draussen bleiben. Wenn man Hitler schon nicht bekämpfen konnte, so konnte man ihn doch mit parlamentarischen Methoden aufrollen. Die Reichswehr mit Schleicher sollte aber auf der Lauer liegen und den ersten klaren Verstoss gegen die Verfassung, der unbedingt kommen musste, abwarten. Versties der Kanzler gegen die Verfassung, so griff die Reichswehr als Hüterin der Verfassung zu. Im Entschluss Schleichers, Hindenburg im August 1932 zu bitten, Hitler mit der Regierungsbildung zu beauftragen, lag die feste Bereitschaft zu dem, was am 20. Juli 1944 unternommen wurde.

Hindenburg brachte dem "böhmischen Gefreiten" keinerlei Sympathien entgegen, stand aber vor der unbestreitbaren Tatsache, dass die von ihm beschworene Verfassung nicht funktionierte. Hindenburg sehnte sich direkt nach einer legalen Regierung, die sich im Reichstag auf eine Mehrheit zu stützen vermochte. Die Versuche, auf der Linie der sogen. Präsidentenkabinette zu steuern, die von Brüning notgedrungen begonnen und von Papen fortgesetzt wurden, ergaben eine Situation, in der der Reichspräsident und die Regierung nun von allen Seiten angegriffen wurden. Es musste auf der schmalen Basis des Art. 48 jongliert werden. Schleicher, den Hindenburg früher sehr geschätzt hatte, der ihm aber inzwischen etwas unheimlich geworden war, forderte wieder eine Reichstagsauflösung (Januar 1933), während Papen ihm nun eine feste Mehrheit für die Regierung brachte. So versagte er sich Schleicher und sagte zum Vorschlag Papens ja, obwohl er Hitler gar nicht mochte.

So gesehen ist das Herumhacken auf Hindenburg nicht berechtigt, denn Hindenburg ist aus seiner Treue zur Verfassung in die Hände Hitlers geraten. So ist Hindenburg kein Vorwurf zu machen. Er versagte aber im Spiel, das Schleicher ihm zugeordnet hatte, sobald der Führer der Reichstagsmehrheit eine verfassungswidrige Handlung begehen sollte. Dieses aber war nur durchzuführen, wenn er von sich aus im August 1932 den Führer der Mehrheitspartei bestellt und mit der Regierungsbildung betraut hätte. Der 30.1.33 nahm ihm diese Möglichkeit, wäre Hitler im Rahmen der Verfassung 1932 Kanzler geworden, hätte man bei illegalen Handlungen nur zuzugreifen brauchen, was gegen die anlaufende Oppositionswelle unmöglich war. Hitler hätte sich sicher ins Unrecht gesetzt (Reichstagsbrand)! Nachdem das Gesetz des Handelns Hindenburg aus der Hand genommen war und man immer wieder mitgemacht hatte, wobei die geschickte Propaganda und Regie der NS-Führung sich auswirkte, ging es nicht mehr. Dazu kam entscheidend hinzu, dass der "Gummilöwe" Blomberg überhaupt nicht begriffen hat, was Schleicher mit der ~~Reichswehr~~ Reichswehr wollte. Die Schuld lag daher eher bei Blomberg, der dieses Instrument an Hitler auslieferte. Das aber konnte der alte Hindenburg wohl nicht mehr übersehen.

Staatsstreich gegen Hitler - lauter verpasste Möglichkeiten, die schon 1923 beginnen. Damals ist er nicht ausgewiesen worden. Eine weitere Gelegenheit war der Prozess gegen Ludin, Scheringer usw. in Leipzig usw. 1931/32 war jedoch die Stimmung so, dass Reichswehr und Polizei gegen einen Hitler nur einzusetzen waren, wenn er im Amt war und sich dann gegen die Verfassung verging. Dazu war Schleicher fest entschlossen. Deshalb strebte er eine Situation an, in der er als amtierender Reichswehrminister, der er damals war, gegen einen verfassungswidrig handelnden Kanzler Hitler vorgehen konnte. Diese letzte Chance ist ihm

nicht gegeben worden. Das hat Schleicher selbst als eine politische Niederlage empfunden.

Franz v. Papen ist am Sturz von Brüning nicht aktiv beteiligt gewesen, wohl aber Kurt v. Schleicher, der seinen starken Einfluss auf Hindenburg dafür ausgenutzt hat, Brüning ein "weiterregieren mit dem Art. 48 zu versagen. General v. Schleicher hat mir kurz vor dem Sturze Brünings gesagt, so viel er auch von Brünings Persönlichkeit hielt, es ginge nun nicht mehr anders: da Brüning die radikale Welle nicht aufhielte, würde er ihn stürzen. Schleicher hat auch Papen "erfunden" und Hindenburg als Nachfolger von Brüning präsentiert. Papen gehörte dem rechten Flügel des Zentrums an und besaß als Besitzer der "Hermania" einen starken Einfluss auf das Zentrum. Die Wahl Papens erfolgte nicht, weil man ihn für besonders qualifiziert oder für eine überragende Persönlichkeit hielt, sondern nur wegen seiner Parteizugehörigkeit. Papen stand aber im Zentrum so weit rechts, dass er als Kanzler der Rechten gelten konnte. Schleicher nahm irrtümlich an, dass das Zentrum bereit sein würde, eine vom Zentrumsabgeordneten Papen geführte zumindest zu tolerieren. Tatsächlich aber entstand im Zentrum eine erhebliche Opposition, bedingt durch die Person Papens.

Die eigentlichen Gründe, die zum Sturz Brünings führten, lagen aber weiter zurück. Im Reichstag (und pr. Landtag) gab es praktisch 3 Gruppen

1. die zunehmend radikaler werdende Rechte (NSDAP, Hugenebergs DnVP, zu der wohl auch die DVP zu rechnen ist,
2. die Mitte, deren Hauptpfeiler Zentrum und SPD waren und die am rechten Flügel von den Volkskonservativen begrenzt wurde,
3. die radikale Linke = KPD.

Betrachtet man diese drei Gruppen ab 1926/27, so zeigt der prozentuale Anteil an der Gesamtvolksvertretung, wie die radikale Welle ansteigt und zu Brünings Zeiten bereits die absolute Mehrheit erreicht. Diese Entwicklung wurde von Hindenburg, Brüning, Schleicher usw. mit ständig wachsender Sorge verfolgt. Die praktische Folgerung war, dass die Basis der Regierung immer schmaler wurde und dass daher der Regierung ein Rechtsdrall gegeben werden musste, wollte man diese Welle aufhalten. Die Arbeitslosigkeit förderte die Radikalisierung ungemein, die aussenpolitischen Fehler der Siegerstaaten des ersten Weltkrieges wirkten sich aus (Reparationspolitik). Innenpolitisch kam noch hinzu, dass die Reichsregierung und die preuss. Regierung verschiedene Kurse steuerten, die letztere aktiv gegen den NS arbeitete. Diese Sorge musste dort als besonders drückend empfunden werden, wo man überparteilich zu denken hatte d.h. in Schleichers Arbeitszimmer im Reichswehrministerium. Die Idee, der Regierung einen Rechtsdrall zu verleihen, um die nationale Opposition in den Staat zurückzuführen, musste also auch hier entstehen und ist auch tatsächlich dort entstanden.

Viele staatsstreue hohe Beamte, konservative Kreise, die nicht parteigebunden dachten, der Herrenclub u. a. mehr, waren ebenso wie die Führung der Reichswehr über die Radikalisierung der politischen Flügelgruppen so besorgt, dass sie glaubten, eine weitere Schaukelpolitik nicht mehr billigen zu können. Über den Weg gab es natürlich verschiedene Meinungen, klar war, dass die Dinge überhaupt in die Hand genommen wurden. Schleichers Meinung war, dass man, wenn Brüning sich nicht entschliesst, die Welle

aufzufangen, einen anderen Mann herausstellen müsste. Die Behauptung, dass Schleicher hinter dem Rücken von Brüning dessen Sturz betrieben habe, stimmt nach Carlowitz nicht. Schleicher habe Brüning, sofern dieser keine Kursänderung vornehme, die Unterstützung der Reichswehr aufgesagt, da dann mit einem anderen Kanzler der Regierung der notwendige Rechtsdrall gegeben werden müsste. Bei der Berufung Papens hat dann aber Schleichers Menschenkenntnis versagt. Papen versagte als Kanzler und die Unterstützung seitens des Zentrums traf nicht ein, es gab im Zentrum einen grossen Sturm gegen Papen. Schleicher hatte geglaubt, in Franz v. Papen einen geschickten Mann gefunden zu haben, er fand aber einen Kanzler, dem das Meisten auf dem Art. 48 staatspolitisch Spass machte, also genau das Gegenteil von dem, was er erwartet hatte.

25 21871-7
Abschrift!



Interview mit Dr. Adolf von Gerlowitz, 7.2.1949.

Zu dem von mir referierten Vorwurf Dr. Brauweillers, daß Schleicher durch seine Haltung zur Stahlhelmführung - Gegensatz Seldte - Düsterberg - die im Stahlhelm liegenden Möglichkeiten nicht ausgenutzt habe, bemerkt G. daß Schleichers Stellung zum Stahlhelm der zu den anderen Wehrverbänden entsprach. Für ihn war der Stahlhelm ein politisierter Kriegerverein. Die Wehrverbände begannen eine Rolle zu spielen, als die Parteien als solche nicht mehr genügten. Schleicher hatte immer eine Abneigung gegen militärisch sein wollende Organisationen. Diese Haltung Schleichers zum Stahlhelm und den Wehrverbänden stammt aber nicht aus einer falschen Beurteilung der in diesen liegenden politischen Möglichkeiten. Schleicher war durch seine eigene Entwicklung als Innenpolitiker der RW dazu gekommen, in der RW den einzigen Vertreter des soldatischen Gedankens und militärischer Tradition zu sehen. Aus dieser Einstellung resultierte seine Geringschätzung aller Wehrverbände. Er sah es gar nicht gern, daß diese Verbände sich berufen fühlten, die Propagandisten des Wehrgedankens im Volke zu sein. Seine Auffassung stammt aus seinem jahrelangen Kampf um die unpolitische Linie der RW. Der Wehrgedanke hatte nichts mit Parteipolitik zu tun. Das hing mit der überparteilichen Linie zusammen. Sobald Seldte resp. Düsterberg sich bei Hugenberg anhängte oder von diesem holen ließen, marschierte der Wehrverband als solcher in die Politik ab. Im gleichen Maße wie sich der Stahlhelm politisierte, verschlechterten sich seine Beziehungen zur RW. Dieses spitzte sich immer weiter zu als die militärische Note zum politischen Propagandamittel wurde. Es entsprach nicht Schleichers Auffassung, daß die Pflege des Wehrgedankens allein der RW vorbehalten bleiben sollte. Angestrebt wurde die Verbreiterung und Verankerung im ganzen Volke. Aus diesem Grunde hätte Schleicher eine Umwandlung des 100 000 Mann - Heeres in eine Miliz sehr begrüßt, da dadurch der Wehrgedanke ohne Politisierung im Volk verankert worden wäre. Schleicher hat keinen Wehrverband für berechtigt gehalten als Kader in die Miliz übergeführt zu werden und derartige Wünsche allesamt abgelehnt.

Der Wendepunkt in der Schleicherschen Politik ist im SA-Verbot vom April 32 zu erblicken. Er hat dieses Verbot abgelehnt, weil das die Möglichkeit verbaute alle Wehrverbände, Reichsbanner - SA. in gleicher Weise zu verbieten oder in eine aufzubauende Miliz einzubauen. Es galt nach seinem Plan einen Ausweg aus der fehlerhaften Entwicklung der Wehrverbände zu finden, sie zu entpolitisieren

und dadurch den radikalen Rechtsparteien u.a. einen wesentlichen Macht - und Propagandafaktor zu entziehen. Das Ziel war die Umwandlung der RW in eine Miliz. Vorbereitend sollte in dieser Richtung das unter Leitung des Generals von Stülpnagel erreichte Reichskuratorium für Jugendertüchtigung wirken, das völlig und unpolitisch aufgezogen war. Nach der Abrüstungskonferenz sollte dann die Umbildung in die Miliz erfolgen. Der Verband unter St. sollte die Rolle eines Vorläufers übernehmen.

General von Hammerstein teilte die Auffassung Schleichers in jeder Beziehung. Bis zum SA - Verbot ging auch Gröner mit Hammerstein und Schleicher konform. Zur Spaltung Gröner - Schleicher kam es durch das SA - Verbot, das tatsächlich einen Bruch zwischen Gröner und den führenden Männern im RW. ergab. Gröner setzte sich von der bisher gemeinsam verfolgten Linie ab. Alle Leute, die in der RW etwas zu sagen hatten, befanden sich mit Zustimmung Hindenburgs im Aufmarsch gegen die politisierenden Wehrverbände, um den Wehrgedanken aus dem Parteigetriebe herauszuheben, mit dem Ziel der Bildung einer staatlichen Wehrsportorganisation und nach der Abrüstung der Miliz. Gröner war mit dem gleichen Ziele angetreten, ließ sich aber in seiner Eigenschaft als Reichsinnenminister dazu verleiten, ein Sondergefecht gegen einen Teil der Wehrverbände (SA) zu führen und machte dadurch den ganzen Schlachtplan zunichte.

Die Frage des SA - Verbots stand schon sehr lange zur Debatte, als es erlassen wurde, herrschte im RW. helles Entsetzen darüber, daß Gr. sich als RIM nicht an den vereinbarten Plan hielt. Man versuchte das SA - Verbot zu verhindern. Seitens Schleicher und Hammerstein sind ehrliche Versuche gemacht worden, Gröner unter Hinweis auf die für die RW entstehende Gefahr zu beeinflussen. An sich war das Verhältnis zwischen Gröner und Schleicher so eng wie kaum je zwischen einem Minister und seinem ersten Berater. Es war aber eine Trübung durch die zweite Ehe Gröners eingetreten, sodaß das Vertrauensverhältnis in diesem kritischsten Zeitpunkt getrübt war. Wäre das alte Verhältnis bestehen geblieben, so wäre wahrscheinlich durch eine wirklich tiefgehende Aussprache zwischen beiden Männern das Unglück vermieden worden. Gröner glaubte Schleicher habe ihm zum Verbot geraten, um dann zu erklären, daß er untragbar geworden sei. Dieser Punkt wäre in einer Aussprache zu klären gewesen, die das Mißverständnis beseitigt hätte.

Gröners Panne im Reichstag ist weder von der RW herbeigeführt oder diese Gelegenheit zum Sturz ausgenutzt worden. Sie hatte nur die Auswirkung, daß keine Möglichkeit mehr bestand, die alte

Linie der RW wieder herzustellen und die Schlappe auszubügeln. Dieses ist durch das bekannte Schreiben Hindenburgs an Gröner betr. Reichsbanner versucht worden. Der Sinn dieses Schreibens war: ich kann die Linie der RW nicht politisieren lassen, wie das durch das einseitige SA - Verbot geschehen, muß die neutrale Haltung durchziehen. Gröner wurde als RWM unmöglich, weil er die Linie verließ, Sein Rücktritt als RIM mußte erfolgen, weil er das Gefecht im Reichstag, sein Sondergefecht, nicht siegreich bestanden hatte. Er ging mit Brüning, wurde bis dahin nur gehalten um das Gesicht der Regierung zu wahren.

Letzten Endes hat diese ganze Angelegenheit den Sturz des Kabinetts Brüning ausgelöst. Um Brüning ging das Ringen schon lange. Doch war zu diesem Zeitpunkt nicht geplant, ihn zu stürzen. Der Vorstoß Grönners führte zur Krise des Kabinetts Brüning. Gröner war als RIM stark beeinflusst durch die Haltung des preußischen Innenministeriums, in dem hauptsächlich Ministerialdirektor Dr. Menzel, weniger Severing auf ein Verbot der SA drängte. Gröner hatte Severings persönlichen Referenten im RIM Baurichter (ex.Zt. Regierungspräsident Düsseldorf) übernommen, der einen starken Einfluß in dieser Richtung auf ihn ausübte. Hindenburg wurde schon längere Zeit immer mehr unter Druck gesetzt, er solle sich von Brüning trennen, wobei dieser Druck nicht von Schleicher, aber von rechts ausging. Hindenburg hielt Brüning weil er wünschte und hoffte, daß dieser sich zu einer Verbreiterung der Regierungsbasis nach rechts entschließen könnte und so eine Mehrheit im Parlament und das Auffangen des NS schaffen würde.

Auf den Hinweis, daß die Frankf. Ztg. in einem Bericht aus dieser Zeit, der sich unter Anführung inzwischen als richtig erwiesener Tatsachen, darauf hinweist, daß Brüning innerlich bereit gewesen ist, nach Abschluß seiner im Gange befindlichen außenpolitischen Aktionen, innenpolitisch langsam und vorsichtig zu einem stärkeren Rechtskurse überzugehen, bemerkt C., daß diese Auffassung der Frankf.Ztg. richtig ist. Brüning wußte damals von dem politischen Partner rechts weniger als heute und hielt Teile der Harzburger Front " für verhandlungs- und vertragsfähiger als jetzt. Diese Leute wurden politisch vertragsunfähig gemacht durch ihre Angst vor dem NS, der Angst nicht als "national" zu gelten und dadurch bei den Wahlen schlechthin abzuschneiden. Die spätere Entwicklung hat Brünings jetziger Stellungnahme recht gegeben. Die Frage hat Brüning fraglos stark beschäftigt, daß die Massen ohne eine Betonung des Nationalen und Wehrhaften immer mehr nach rechts abwanderten.

Schleichers Konzeption, unter staatlichen Gesichtspunkten den Wehrgedanken zu ordnen, stellt nach C. eine wirkliche politische Konzeption dar, weil es bei Einhaltung dieser Linie, die auch von Brüning gebilligt war, möglich erschien der radikalen Rechten einen erheblichen Teil ihres Windes aus den Segeln zu nehmen. Diese Konzeption ist durch Groeners Vorprellen zerschlagen worden. Brüning hat das wesentlich klarer erkannt als Groener.

Der Druck auf Hindenburg, " So geht es nicht weiter " verdichtete sich in der gewachsenen politischen Situation immer weiter. Man muß sich vorstellen suchen, was geschehen wäre, wenn Brüning nun die innenpolitische Initiative (Entpolitisierung der Wehrmacht ^{verbaute}) ergriffen hätte. Alles spricht dafür, daß der alte Herr ihn wahrscheinlich als Kanzler behalten hätte. Schleicher hat in dieser Situation ebenso wie früher sicher nichts direkt zum Sturz Brünings unternommen. Da er aber beim alten H. damals eine außerordentlich starke Stellung hatte, so ist anzunehmen, daß auch in diesem Fall sein Rat, ob es so weitergehe, eingeholt worden. Es ist durchaus denkbar, daß er auf diese Frage seiner Überzeugung gemäß mit einem " Nein, so geht es nicht weiter " geantwortet hat. Das kann beim alten H. entscheidend gewirkt haben, denn Schleichers Einfluß war damals kaum zu überbieten.

Auf die Frage, ob Oskar v.H. hierbei eine Rolle gespielt haben könnte, ob O.v.H. überhaupt ein Draht zum alten Herrn gewesen sei, dessen sich Schl. bedient habe, erwidert C., daß Schleicher auf dem Standpunkt stand, Oskar H. verstehe nichts von Politik. Aus diesem Grunde hat er ihn auch nicht als politischen Draht benutzt. Über politische Fragen unterhielt er sich entweder direkt mit H., was die Regel war, oder mit Meißner. Er brauchte keinen Draht, weil er selbst eine derartige Vertrauensstellung innehatte, das sich das erübrigte. Zudem wußte der alte Herr genau, daß sein durch Faulheit unangezeichneter Sohn politisch dumm war und hat diesem mehrfach gründlich auf die Finger geklopft, als dieser sich auf das politische Feld vorwagen wollte. Oskar H. hat dann solche Versuche nicht unternommen, was durch seine Trägheit begünstigt wurde.

Wieweit kann man davon sprechen, daß Schleicher Brüning gestürzt habe? Nach C. bedeutet das eine unzulässige Simplifizierung der Dinge. Man kann aber sagen, Schleichers Urteil und seine Rolle war so maßgebend, daß der alte H. alle politischen Fragen, personellen wie sachlichen Entscheidungen, jeweils unter dem Gesichtspunkt prüfte, wie steht die RW. dazu, wird sie dadurch berührt oder hervorgehoben oder nicht.

Hier war Brüning an die Frage herangekommen (SA-Verbot, Problem der Wehrverbände, Unruhen mit 1 - 2 Todesopfern täglich), in der er sich entscheiden mußte. Brünings Anschauungen gingen im Grunde konform mit denen von Schleicher. Ausgelöst und brennend akut wurde diese Frage zu einem Zeitpunkt und zu einer Entscheidung gezwungen, der weder in sein außenpol. noch in sein wirtschaftliches Programm passte. Brünings Programm bestand aus drei Teilen. An erster Stelle stand das (Reparationsfrage, Abrüstungsproblem). Wirtschaftlich: Devaluation, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. An dritter Stelle stand die entpolitisierung der Wehrverbände und Verbreiterung von deren Basis auf staatl. Grundlage. Zum außenpol. Programm benötigte er eine Linksmehrheit. Bei der Durchführung des Wirtschaftsprogramms versagte sich ihm die SPD. Für den dritten Teil benötigte er die Rechte. Brüning war sicher der beste Kanzler, den das Reich seit Bismarck gehabt hat, sein Fehler war nur, daß er kein Jongleur war, der mit diesen drei Bällen zugleich spielen konnte - sofern das überhaupt möglich war. Er konnte sich nicht entschließen, den Ball 3 zuerst zu spielen, wozu er vielleicht unter Berücksichtigung der Gesamtlage auch nicht imstande war. Mit dieser Forderung aber begrüßte ihn Hindenburg, als er nach Berlin zurückkehrte.

Schleicher hat sich nie um Außenpolitik gekümmert, um Wirtschaftspolitik noch weniger, von der er auch nichts verstand. Er wußte nur den dritten Ball zu spielen und hatte den ganz großen Vorteil allen anderen gegenüber, daß der alte Herr diesen Ball genau kannte, mit den Einzelheiten des Problems vertraut war, während die anderen Probleme die ihm Brüning zur Entscheidung vorzulegen hatte im Grunde böhmische Dörfer waren. So erklärt sich die Überbetonung von Schleichers Einfluß auf den Reichspräsidenten. Schleicher hatte es gar nicht nötig, gegen Brünings Politik zu untrégieren. Er hielt große Stücke auf Brüning, verstand aber nichts von Brünings Außenpolitik und den Wirtschaftsfragen, die den Kanzler bewegten. Als Laie auf diesem Gebiet war er damit, was der Reichskanzler unternahm einverstanden, mehr jedenfalls als die Deutschnationalen es je gewesen sind. Es ist die historische Tragik Deutschlands, daß das deutsche Volk politisch so ungebildet und unbegabt ist, daß es die Probleme immer nur allein, nie aber in ihrem großen Zusammenhang zu sehen vermag. So war auch Schleicher nur ein Ressortvertreter, der mit Verve das vertrat, was er zu übersehen vermochte.

25-21811-12

Zum Problem der Wahl Papens. C. hat Schleicher 1933 nach seiner Absetzung wörtlich gesagt: " Ich habe viele Fehler und Dummheiten gemacht, aber die größte Dummheit war die, daß ich auf den Papen her-
eingefallen bin." Im Grunde war es eine Frage, die auch für andere galt: die Milieufolge. Papen brachte Lebensformen usw. mit, die Schleicher lagen. Er wäre nie auf die Idee verfallen, jemanden vorzuschlagen, der nicht über konziliante Lebensformen verfügte. Dazu gab es bei Papen eben Dinge, über die man sich als " unter sich " nicht zu verständigen brauchte. Auf Papen verfiel er, weil er jemanden im Zentrum suchte, der den 3. Ball zu spielen verstand. Er wünschte im Grunde gar keine Änderung der übrigen Politik. Er hätte jeden nehmen dürfen, nur durfte er Papen nicht dem Zentrum bieten. Aber das übersah er nicht.

Zu den Tagebucheinträgen von Goebbels über die Vorgeschichte von Schleichers Intrigen und Brünnings Sturz bemerkte C., daß er kein Wort von den dort angegebenen Informationen glaubt, es sei denn, daß C. die Quelle angibt. Alle anderen Informationen gehen auf Werner Alvensleben zurück, der den Zwischenträger spielte und seine eigenen Gedanken und Auffassungen gern mit Schleicher und seinen guten Beziehungen zu diesem verbrämte, um ihnen Gewicht zu verleihen. A. hat damals viel Unheil mit dieser Methode angerichtet, denn er war kein Mittelsmann von Schleicher. Von den Nazis selbst hat allein Helldorf mehrfach im politischen Fragen Zutritt zu Schleicher, wenn es sich nicht um offizielle Verhandlungen drehte. Und diese Gespräche drehten sich um die Organisation Stülpnagel. Es war Schleichers wesentliches Anliegen, zu erreichen, daß die Wehrverbände zugunsten dieser zurücktraten. Aus diesem Grunde fanden auch Verhandlungen mit Röhm, Helldorf und Himmler statt, die aber offenbar ein falsches Spiel nach C. Ansicht spielten, indem sie zunächst mitmachten, da sie hofften, auf diesem Wege die ganze Organisation in ihre Hand zu bekommen. Daß ein Sturz Groeners oder gar Brünnings bei diesen Gesprächen auch nur andeutungsweise mit Schleicher besprochen worden wäre, ist völlig ausgeschlossen, geschweige denn, daß dieser sowas mit den Nazis geplant habe. Daß die Nazis Groeners wie Brünnings Sturz begrüßt haben, dürfte feststehen. Sie mögen sich auch eingeredet haben, daß sie die Entwicklung in dieser Richtung beeinflussen haben. Ihre Berliner Beauftragten mögen auch in ihrer Berichterstattung zur Hebung ihres Ansehens dieses betont haben, aber in Wirklichkeit haben sie mit dieser Entwicklung innerer Art nichts zu tun gehabt, jedenfalls nicht, soweit es das Spiel hinter der Kulisse betrifft.

Das ursprüngliche Programm war mit Groeners SA. Verbot endgültig kaputt. Es hätte nur durch eine politische Aktivität Brünnings wiederhergestellt werden können, wenn das Kabinett diese Linie offiziell aufgenommen hätte als parlamentarische Regierung. Wenn das Kabinett nun autoritär geworden wäre, hätte der Plan gerettet werden können.

Mit Papen kam in die Innenpolitik eine ganz neue Linie. Schleichers Grundgedanke war fortan: "Wie fange ich die Welle auf?" Bei der Beantwortung dieser Frage gab es drei Stadien, die zu unterscheiden sind. Die 1. Phase bis etwa Mitte Juli ist durch die stillschweigende Tolerierung durch die Nazis bestimmt. In der darauffolgenden zweiten Phase gab es keine andere Möglichkeit, als Hitler zum Kanzler zu machen, wobei C. auf die früheren Angaben über Schleichers Hintergedanken verweist. Diese Phase wurde am 13.8. durch Hindenburg beendet, der den Plan Schleichers durch seine Ablehnung vermasselte. Dieser Plan wurde in der darauffolgenden Zeit wieder aufgenommen, scheiterte aber an Hitler, der den Schleicher'schen Braten gerochen hatte. Dann folgte die 3. Phase, in der Schleicher versuchte, die Welle zu spalten. Alle drei Versuche sind gescheitert, der letzte endgültig im Dezember, als Hitler Strasser endgültig ausbooten konnte. Die ganze Zeit zwischen Brünnings Rücktritt und dem 30.1.1933 ist durch diese Politik bestimmt. Genau genommen ist Schleichers Politik mit dem SA Verbot schon gescheitert. Er war nun gezwungen sich auf Gebiete zu begeben, auf denen er keine Erfahrungen besaß. Die anderen Versuche zogen Schleicher in Dinge hinein und auf Gebiete, wo er persönlich und die Basis der RW. nicht mehr ausreichte.

Die Idee, Bracht zu holen, kann nach C. von Planck stammen, der am 20. Juli 1932 maßgebend beteiligt war. Er hatte lange unter Bracht gearbeitet, als dieser StS der Reichskanzlei war. Dazu kam noch, daß Bracht als Kominalpolitiker hervorragend war, denn Essen war die finanziell am besten durch die Krise gesteuerte deutsche Großstadt. Bracht kam nicht, um Papens Husarenritt mitzureiten, sondern ebenso wenig wie Popitz erfüllt davon, daß endlich der Dualismus Reich-Preußen endlich aufgehoben war, dessen Auswirkungen ihnen als besonders hervorragenden Verwaltungsfachleuten besonders gut bekannt waren. Was Bracht und Popitz, der zunächst noch nicht offiziell herangezogen wurde, sich vorstellten, läßt sich am besten daran erläutern, daß sie ihre wesentlichste Aufgabe ansahen, die preussische Verwaltungsreform durchzuführen, resp. vorzubereiten. In dieser Zeit der innen-

pot. Hochspannung und Politisierung des ganzen Volkes, sich kaum einer noch um die Außenpolitik kümmerte, die Arbeitslosigkeit im Vordergrund jedes Interesses stand, sich auch der 20. Juli im wesentlichen auf die primitiven Parolen einer komm. Gefahr bezog, in dieser Atmosphäre setzten Bracht und Popitz hin und widmeten sich der Verwaltungsreform mit ihrer Vereinfachung, um am preußischen Muster später das Reich auszurichten. Es waren alles Arbeiten und Aufgaben, die in eine ruhige Zeit mit einer Regierung gepaßt hätten, die über eine feste parlamentarische Mehrheit verfügte, - - wenn die Parteien für so etwas Sinn gehabt hätten. Da man damals die Bedeutung dieser Aufgabe nicht zu erkennen vermochte und zu dem mit den besten Reformen keine Wähler fangen konnte, hatten die Parteien der Mitwirkung bei diesen Dingen versagt. Diese Arbeit wurde im stillen geleistet, wurde von der Presse kaum beachtet. Beiden lag auch nichts daran, besonders bevor sie nicht ein gewisses Stadium erreicht hatte. Popitz wie Bracht unterlagen dem Irrtum, daß das gute und solide ihrer politischen Verwaltungsarbeit und Staatskunst, dem Kabinett, das sie durch seine Husarenritte zu dieser Arbeit instand setzte, ein Abglanz dieser Solidität verleihen könnte. Sie waren wie die Kinder in ihrer Beurteilung des Bodens, auf dem sie Arbeit durchführten, eine Verwaltungsmäßig ganz ausgezeichnete Arbeit, von der später die Nazis ordentlich profitiert haben.

Schleicher war am 20. Juli 1932 stark beteiligt. Es war ihm wie jedem Menschen mit klarem Blick sichtbar, daß der Dualismus Reich - Preußen ausgeschaltet werden mußte, weil er jede innenpolitische Aktivität lähmte, so lange die Reichsregierung nicht über die preußische Polizei verfügen konnte. Es war im Grunde eine alte Erkenntnis, seit die parteipolitische Zusammensetzung der preußischen Regierung nicht der Reichsregierung entsprach. Dazu kam, daß im Reich und Preußen verschiedene Wahltermine vorhanden waren. Der Dualismus entstand durch die Divergenz der Ansichten im Reichstag und preußischen Landtag, nicht durch die Zuständigkeiten.

Popitz hatte Jahre seines Lebens unter diesen Zuständen gelitten, die seine Arbeiten hinderten, und war daher geneigt über die politischen Husarenritte des Kanzlers Papen hinwegzusehen. Auch in der preußischen Beamtenschaft gab es Leute genug, die diesen hemmenden Dualismus bedauerten. Soweit diese Beamten aber durch ihre Parteipolitik zu ihren Stellungen gelangt waren, sahen sie einseitig die Aufgabe Preußens darin, die nationalsoz. Welle aufzuhalten. Dazu benutzten sie als taktisches Hilfsmittel die preuß. und die Reichsverfassung, auch wenn sie wie Braun und Severing Politiker großen For-

mats waren. (Unbedingt Brauns Rede bei Einweihung des Ehrenmals in Berlin lesen !!!).

Streng vertraulich: Unglückliche Begründung zum 20. Juli 1932 stammt von C. Am 20.7. erschien Gritzbach, pers. Referent von Bracht, mit der Mitteilung, daß dieser eine Rundfunkrede zur Begründung halten solle. Planck schickte ihn zu C, C. solle die Rede machen. Und das ohne vorherige Unterrichtung, Mit dem Dualismus konnte er nicht kommen denn der begründete nicht die Anwendung des Art. 48. So kam es zu der aus den Fingern gezogenen Behauptung der kommunistischen Gefahr. Bracht setzte in konzialianter Weise den Tag über Minister ab, holte den Entwurf der Rede ab, die er dann im Auto nur durchflog und dann wörtlich verlas.

Der Leipziger Prozess hinteressierte Bracht und Popitz nur am Rande. Sie empfanden ihn als lästiges Zwischenspiel und waren ganz versunken in ihre Reformpläne. Die Reichsregierung war übrigens in L. höchst mangelhaft vertreten.

Der Sturz Papens beruhte auf der Tatsache, daß er versucht hat, aus seiner Regierung ein Präsidialkabinett zu machen, das für eine bestimmte Zeit die Möglichkeit haben sollte, die Verfassung außer Kraft zu setzen. Er erstrebte diesbezügliche Vollmachten von Hindenburg, der diese Diktatur des Kabinetts stützen sollte. Es sollte der Reichstag völlig ausgeschaltet werden usw. Dieser Gedanke stammte ursprünglich nicht von Papen, sondern aus dem Kreise um Hugenberg. Praktisch hätte das den militärischen Ausnahmezustand bedeutet mit dem Präsidialkabinett an der Spitze, das nicht wie sonst die Mil.Befehlshaber für die Wiederherstellung von Ordnung und Ruhe sorgen, sondern für sämtliche politischen Fragen zuständig sein sollte. Dabei war die Ruhe und Ordnung soweit gar nicht gestört. Schleicher sah hierdurch sein ganzes Lebenswerk, die überparteiliche Rolle der RW. gefährdet. Damit hätte die RW. sich auf die sehr schmale Basis der DnVP festgelegt. Dazu kamen die Bedenken, daß dadurch des Gehorsamsbegriff der RW. (gegenüber dem Rprä.) überspannt würde, wenn der Rpräsident den Gehorsam nicht gegenüber einer illegalen, revolutionären Bewegung, sondern allein zugunsten einer so schmalen politischen Basis ausgenutzt hätte. Der Gehorsam der RW war zu einem heiklen Thema geworden, denn die NS-Propaganda machte noch Halt vor den Kasernentoren, nicht aber vor den Gedanken und Gefühlen der einzelnen RW - Angehörigen. Damit wurde die Situation für die RW. sehr ernst. Obwohl Papen das bekannt war, trug er im November diese Pläne in einer Kabinettsitzung doch vor. Hierauf bestellte Schleicher telefonisch den damaligen Chef der Wehrmachtsabteilung, späteren Botschafter Oberst Ott in die Sitzung und dieser

hielt dem Kabinett einen Lagevortrag, in dem er die Situation der RW dahin präziserte, daß sich die RW, falls sich aus der Durchführung derartiger Pläne innere Unruhen ergeben sollten, nicht nur seitens der KPD, sondern auch der SA mit Angriffen zu rechnen hätte. Der Reichspräsident als Exponent eines solchen Präsidialkabinetts müßte dann, um diese Politik durchzuführen, auf sein mil. Befehlsrecht zurückgreifen. Damit aber wiederum würde die unpolitische RW, die nur gehorsam warte, gegen reichsfeindliche Unruhestifter eingesetzt zu werden, direkt in die Politik hineingezogen. Ott hat in dieser Kabinettsitzung in formal meisterhafter Weise die Situation der RW geschildert und dabei das Schlagwort vom Zweifrontenbürgerkriege geprägt. Daraus ist dann die kolportierte Mitteilung entstanden, Schleicher habe erklärt, die RW sei zu schwach, um gegen SA und KP oder nach anderer Version zu schwach gegen einen SA Putsch aufzukommen. Bekannt sein, daß Ott ersteres angedeutet hat. Das Wesentliche aber war, daß man nicht eine Truppe vorher politisieren und nachher in einem Bürgerkriege einsetzen könne. C. hat dieses Thema in der Pressekonferenz dahin ergänzt, daß die Verwaltung hoffnungslos politisiert sei, ebenso auch schon die Polizei. Auch bei der Justiz sei der Anfang gemacht in dieser Richtung. Nun plane man auch, die letzte Säule des Staates zu politisieren, die bisher mühsam gegen alle derartigen Versuche von rechts wie links verteidigt worden sei.

Zu diesem inhaltlich wie formal meisterhaften Vortrag Oberst Ott's - so nach der Sitzung von Bracht charakterisiert - hat Schleicher erklärt, er habe dem nichts weiter hinzuzufügen. Er könne als der verantwortliche Minister für die RW diesen Plan nicht mitmachen. Dieser Vortrag mußte besonders auf die Reichsminister besonders wirken, die wie Bracht, Schwerin-Krosigk, Popitz oder Neurath aus dem Staatsdienst kamen - im Gegensatz zu Gayl, bei dem das nicht der Fall war. So erklärte denn eine Gruppe von Ministern mit Bracht an der Spitze dem Kanzler, daß sie diesen Husarenritt keinesfalls mitzumachen gedächten. Wieder wird gesagt, daß Schleicher Papen gestürzt habe, dabei ist er letztlich über den gleichen Strick gestolpert wie vorher Groener und auch Brüning. Diese Gruppe opponierender Reichsminister ist dann zu Hindenburg gezogen und hat auch dem alten Herrn gegenüber mit dem Rücktritt gedroht, falls er Papen derartige Vollmachten erteilen sollte. Das ist Hindenburg sehr an die Nieren gegangen. Papen aber blieb nichts anderes übrig, als zu demissionieren. Hindenburg ist dann dazu gekommen, zu sagen, nun müsse Schleicher es selber machen, denn der Hitlerversuch war beiderseits so angelegt, daß die Schuld auf den anderen fallen sollte. Kaas Auftrag war nur als Sondierungs-

auftrag gedacht und ergab keine positive Möglichkeit. Schleicher wollte durchaus nicht Kanzler werden und überraschte Bracht dazu, das Amt zu übernehmen. Bracht hat damals C. wörtlich erklärt: " Die Türe steht jetzt offen und mit ihrem alten Freund und Gönner Schleicher haben wir beide davor gestanden und haben uns beide gegenseitig Komplimente gesagt und " Bitte Sie zuerst " Beiden war klar, daß es sich um eine höchst undankbare Aufgabe handele. Bracht sagte damals, " Wenn er es schafft, dann ist er der große Mann, wenn nicht, dann ist er erledigt. "

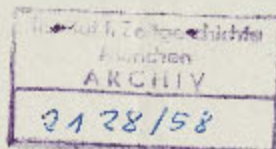
Das politische Format von Schleicher reichte nach C. zur verantwortlichen Leitung der RW, die er politisch bis zum SA - Verbot mustergültig geführt hat. Das gilt bis zum SA - Verbot. Das deutsche Parlament hat sowenige politisches Format hervorgebracht, daß die Verantwortung in dieser kritischen Stunde an einem Offizier hängen blieb. Wo waren die Staatsmänner, die die Aufgabe meistern oder den Versuch wagen konnten oder wollten? Es hatte sich in Deutschland eingebürgert, daß die Presse über jeden herfiel, der sich mit irgendeinem Gedanken hervorwagte. Das Resultat war, daß alle tüchtigen Leute im Grunde mit vereinzelt Ausnahmen die Politik mieden..

25-218/1-18

Schreiben
v. 21. x 57

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-218/1-13
Dr. JUR. ADOLF v. CARLOWITZ
I. Fa. AG für Berg- und Hüttenbetriebe



SALZGITTER-DRUTTE 1 21. Oktober 1957
Telefon Salzgitter-Immdorf 5411/2354
BERLIN-CHARLOTTENBURG 2
Hardenbergstraße 8
Telefon 327216

Herrn

Dr. Thilo V o g e l s a n g
-Institut für Zeitgeschichte-

M ü n c h e n 27

Möhlstr. 26



Sehr geehrter Herr Dr. Vogelsang !

Ihr Brief vom 28.8. ist erst Ende September in meine Hände gelangt, als ich von einer längeren im Anschluß an meinen Urlaub unternommenen Reise zu den Industrie-Messen nach Agram, Wien und Brünn zurückkehrte. In meinen Büros in Salzgitter und Berlin hatte sich in der Zeit einiges angesammelt, so daß ich nicht sofort zur Beantwortung Ihres Briefes kam, zumal doch eine Umstellung auf ein anderes Thema damit verbunden ist. Dies zur Begründung für die verspätete Antwort.

Eine zweite Bitte um Entschuldigung sei gleich hinzugefügt. Sie brauchen Erinnerungen an Tatsachen und ich habe Ihnen wieder nur Meinungen anzubieten. Ich glaube, meine damaligen Ansichten noch einigermaßen unter Kontrolle zu haben und kann Ihnen aus den kritischen Wochen im April 1932 -bestimmte Tage und Sitzungen sind mir nicht in Erinnerung- folgendes bestätigen:

1. Es ist wahrscheinlich -vor allem, wenn Sie einen entsprechenden Vermerk im Nachlaß Groeners gefunden haben- daß ich an der "Konferenz der Innenminister" am 5.4. teilgenommen habe. Sicherlich habe ich nicht als "Vertreter des RWM" daran teilgenommen. Wahrscheinlich bin ich unter der Flagge meiner damaligen Funktion als Verbindungsmann zwischen Reichswehr- und Reichsinnenminister, in Wirklichkeit aber als Beobachter für Schleicher hingegangen und habe ihm dann berichtet.

2. Ich halte es für wahrscheinlich, daß das RWM zu der Sitzung nicht geladen war, da bei einer Konferenz der Innenminister der Länder der RIM besonders auf seine alleinige Zuständigkeit bedacht war.
3. Da das Thema der Konferenz vom 5.4. eine grundsätzliche politische Bedeutung hatte und nicht mehr in alleiniger Zuständigkeit der Innenminister der Länder gelöst werden konnte und wohl der RIM in der Sitzung vom 5.4. von den Ländern unter Druck gesetzt wurde (wenn Du nicht durchgreifst, machen wir es alleine), ist es wahrscheinlich, daß der RIM am folgenden Tag eine interministerielle Besprechung der Frage erbeten oder herbeigeführt hat. Es wird dort über die Konferenz vom Vortage und über die Förderung einzelner Länder nach einem SA-Verbot -und seine rechtlichen Voraussetzungen- gesprochen worden sein.
4. Ich halte es für unwahrscheinlich, daß am 6.4. bereits ein Verordnungsentwurf "beraten" worden ist. Noch unwahrscheinlicher, daß er schon seit längerer Zeit vorbereitet war, höchstens als Referentenentwurf aus dem RIM kann er vorgelegen haben. Von wann stammt die Aufzeichnung Pünders? Geht daraus hervor, ob er den Vorsitz geführt hat ? Ich habe an der Besprechung nicht teilgenommen.
5. Ob Schleicher selbst an der Besprechung teilgenommen hat, weiß ich nicht. Selbst wenn in der Besprechung Einigkeit über ein SA-Verbot erzielt worden wäre (was ich für unwahrscheinlich halte), so hätte das in einer so wichtigen Angelegenheit den "Kabinettsumlauf" nicht ersetzt. - Es sollte versucht werden, festzustellen, ob der Geschäftsgang der Verordnung des SA-Verbots vom sonst üblichen Geschäftsgang abweicht. Keine Notverordnung -und sei es über Milchpreise- die nicht in der "W" als Kabinettsache für den Reichswehrminister bearbeitet wurde und für die

eine offizielle Stellungnahme abgegeben wurde. Beim SA-Verbot hat die Zeitgeschichte nur Angaben wie: "Schleicher war informiert", "Schleicher hat zugestimmt" usw. aufzuweisen.

6. Zu der letzten Frage: "Bestand bereits am 6. April der Eindruck, daß Groeners und Schleichers ursprüngliche Konzeptionen bezüglich der SA radikal umgeworfen waren?" kann ich nur sagen: nein. Weder bei Schleicher, noch bei seinen Referenten hatte sich an der Konzeption "Wehrsportverband" etwas geändert. Die Entfremdung zwischen Groener und Schleicher ist nicht mit einem mal am 13.4. oder in der Zeit zwischen 4. und 13.4. eingetreten. Sie hat sich ganz allmählich entwickelt. Zunächst wurden die Vorträge Schleichers bei Groener seltener und kürzer. Die Differenzen in den Auffassungen der Ministerialbürokratie bestanden schon viel länger. Es ging nur darum, wer den Doppelminister auf seine Seite ziehen würde. In dieser Frage war Schleicher seiner Sache wohl zu sicher.

Bei der Bearbeitung dieses Teiles könnten ausser den Beteiligten aus dem RWM noch Hinweise geben: M e n z e l , MdB, damals Ministerialdirektor im RIM und B a u r i c h t e r (jetzt Regierungspräsident in Düsseldorf, damals pers.Referent des RIM).

Falls Sie einmal nach Bonn bzw. Düsseldorf reisen, um diese Herren zu befragen, würde ich gern dazu kommen. In dieser Himmelsrichtung könnte ich ein Treffen besser mit einer Dienstreise verbinden. Falls ich einmal Gelegenheit habe, nach München zu kommen, werde ich mich bei Ihnen ansagen. Das gleiche bitte ich von Ihnen, falls Sie in die Gegend Braunschweig/Goslar kommen sollten.

Mit den besten Grüßen
bin ich Ihr sehr ergebener

K. Pöschel